

23.1.2024	Zeitzeugengespräch mit Alexander Müller – Gedenkstätte Jugendwerkhof Torgau	
2.2.	2. Kinonacht am KKG: Geschichte im Film. „Das Leben der Anderen“	
6.2.	Saskia Esken (eine der Bundesvorsitzenden der SPD) im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern	
7.2.	Jakob Springfeld	„Gegen Nazis. Jung, ostdeutsch, gegen rechts“
25.3.	Bernhard Schlink	„Der Vorleser“ Lesung und Diskussion
29.8.	Jörg Schönenborn (Fernsehredakteur des WDR und Programmdirektor Information, Fiktion und Unterhaltung, Koordinator Fernsehfilm in der ARD)	Sachsen, Thüringen, Brandenburg – „Schicksalswahlen“ für die Demokratie?
25.9.	Prof. Dr. Michael Buback und Elisabeth Buback	„Das RAF-Attentat auf Generalbundesanwalt Buback – Erfahrungen der Opferangehörigen“
29.10.	„Zwickau und der NSU. Auseinandersetzung mit rechtsextremen Taten“ Priesterhäuser Zwickau	
30.10.	Dr. Muriel Asseburg Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.	„Der Nahe Osten nach dem 7. Oktober und dem Krieg im Gazastreifen“
6.11.	Exkursion in die Gedenkstätte Buchenwald (Leistungskurse Geschichte 11/12)	
9.11.	Stolpersteine-Putzen	
19.11.	Prof. Dr. Beate Mitzscherlich, Una Gotthard und Laura Franziska Lesch (WHZ, Fakultät Pflege- und Gesundheitswissenschaften)	„Zwickauer Opfer der Kindereuthanasie – ein vergessenes Stück Geschichte?“
16.12.	Ein Zeichen gegen das Vergessen – im Gedenken an Halit Yozgat	

## Zeitzeugengespräch mit Alexander Müller – Gedenkstätte Jugendwerkhof Torgau



Familie ist wahrscheinlich für die meisten von uns der Ort, an den wir uns zurückziehen und wo wir zur Ruhe kommen können. Es ist der Platz, an dem wir völlig wir selbst sind und uns geborgen fühlen. Doch nicht alle Kinder haben das Glück, ein friedvolles Zuhause zu besitzen. Einige müssen, aus verschiedenen Gründen, in ein Kinderheim.



Das war in der DDR nicht anders, und doch gab es bei der staatlichen Jugendfürsorge Besonderheiten. Sobald die Jugendhilfe ins Spiel kam, entschied diese über ein Kind zwischen „normal erziehbar“ oder „schwer erziehbar“. Damit entschied sich, ob die Einweisung entweder in ein Normal- oder in ein Spezialheim erfolgte. Ein Heim für „schwererziehbare“ Kinder war beispielsweise der Jugendwerkhof Torgau, in welchem Alexander Müller zwei Mal festgehalten wurde.

Am 23.01.2024 war er Gast bei Schule im Dialog, um als Zeitzeuge über den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau zu sprechen. Die Veranstaltung begann mit einem Vortrag, den Frau Weiß (Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau) über die Spezialheime der DDR hielt, die vor allem zur (politischen) Umerziehung der Kinder dienen sollten. Ziel war es, Fleiß, Disziplin, Ordnung und Sauberkeit durchzusetzen.

Gegen den Willen der Eltern konnten Kinder eingewiesen werden, z. B. wenn die politische Haltung der Eltern nicht staatskonform war. Dann mussten die Kinder dem strengen Alltag des Jugendwerkhofes Torgau Stand halten. Jungen und Mädchen waren getrennt voneinander untergebracht, jeder Kontakt war verboten. Selbst Blickkontakt wurde bestraft. Sport bis zur totalen Erschöpfung – als Disziplinierungsmaßnahme – nahm neben der Arbeit den Großteil des Tages ein. Wer das Pensum nicht schaffte, wer den Regeln nicht gehorchte, bekam Strafarbeiten, Strafrunden oder musste tagelang in die Arrestzelle. Das war ein dunkler, kleiner Raum mit einer tagsüber hochgeklappten Pritsche und einem Hocker. Mit "Kollektivstrafen" versuchten die "Erzieher", die Kinder zu brechen. Torgau war ein besonderer Jugendwerkhof. Er war „geschlossen“, d. h. Kinder und Jugendliche waren bis zu sechs Monate in einem Gefängnis, ohne Ausgang, Besuch und regelmäßigen Kontakt mit den Angehörigen. „Weihnachten und Silvester bin ich lieber tot als hier“ hatte ein Kind in die Wand der Arrestzelle geritzt. Es zeigt, wie die Kinder litten. Sie sahen keinen anderen Ausweg als den Tod. Selbstverletzungen oder sogar suizidales Verhalten kamen in solchen Einrichtungen immer wieder vor. Der einzige Ausweg nach draußen war die Krankenstation.

Frau Weiß zeigte einen kurzen Dokumentarfilm über den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau. Nach einer kleinen Pause, in der jeder das Gehörte halbwegs verarbeiten konnte, begann um 14:00 Uhr das Zeitzeugengespräch mit Alexander Müller. Er schilderte den Alltag im Torgau und erzählte, wie es ihm erging. Noch heute hat er schwer mit den Erinnerungen zu kämpfen. Bestimmte Gerüche, Farben und Geräusche können bei ihm Flashbacks auslösen. Lange Zeit hatte er das Erlebte zu verdrängen versucht. Doch das Burnout holte ihn ein. Er ging in Therapie und behandelte seine komplexe posttraumatische Belastungsstörung.

Schwer erträglich sei es für ihn, wenn andere ihre Erlebnisse aus Kinderheimen für „schwer Erziehbare“ erzählen. „Ich habe meine eigene Hölle im Kopf“ ist der Satz, mit dem Alexander Müller beschreibt, wie es ihm wirklich geht. Viele ehemalige Heimkinder sind für ihr Leben geschädigt und leben von Bürgergeld oder einer Frührente. Ihre Kindheit wurde ihnen geraubt. In Torgau gab es keine Freundschaften. Jeder folgte dem menschlichen Überlebensinstinkt und kümmerte sich nur um sich selbst.

Auch die Essenszeit war streng geregelt, jeder Teller musste nach vorgegebener Zeit leer sein. Auf die Toilette wurde nur gegangen, wenn fünf Kinder der Gruppe das gleiche Bedürfnis hatten. Jeden Morgen stellten sich die Kinder im Flur auf und hörten die Nachrichten des Tages. Danach mussten sie Fragen beantworten, und wer keine Antwort

parat hatte, bekam eine Strafarbeit. Antreten zum Hof-Appell gehörte zum Alltag. Die Beispiele zeigen, wie hart und kontrolliert der Alltag im Jugendwerkhof Torgau war. Das Beste am Tag war wahrscheinlich für alle Heimkinder der Schlaf. Denn dann waren alle in einer anderen Welt.

Wir danken Frau Weiß und Herr Müller für diese besondere „Geschichtsstunde“, über ein schwieriges, aber ungeheuer wichtiges Thema.

Clara Fröhlich



Fotos: Dorit Seichter

## Saskia Esken (einer der beiden Bundesvorsitzenden der SPD) im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern

„Am beeindruckendsten für mich war, wie man als Chor gemeinsam Resonanz erzeugen kann“. Dies postulierte Saskia Esken, eine der beiden Bundesvorsitzenden der SPD, am 6. Februar 2024 im Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen 11 und 12 im Kontext einer Erinnerung an ihre Schulzeit. Ein Satz, welcher als Nebensächlichkeit abgetan werden könnte, trifft genau ins Schwarze: Resonanz ist eine Gruppenaktivität, Lautstärke kann keiner allein erzeugen. Unter jener Überschrift stellte sich die Politikerin im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Schule im Dialog“ kritischen Fragen hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage des Landes, innerparteilicher Widersprüche und Tendenzen der SPD, aber auch allgemeinen Fragen zur Politik der Ampel-Regierung.





Bevor der Moderator Linus Merz, Schüler der Jahrgangsstufe 12, die Fragerunde eröffnete, begrüßte Eva Yang unsere Gäste auf dem Klavier mit Robert Schumanns: „Von fremden Ländern und Menschen“. Nach dem sehr verdienten Applaus ergriff der nahezu routiniert wirkende Moderator das Wort und führte die Gäste durch die wichtigsten biografischen Etappen Saskia Eskens. In der anschließenden Frage-Antwort-Runde nahm die Sozialdemokratin bereitwillig Stellung.

Schnell wurde deutlich, dass sie bereits in frühen Kindheitstagen politische Prägung durch ihr Elternhaus erfuhr. Die Ideale der Partei, Freiheit, Gleichheit und Demokratie, wurden ihr in die Wiege gelegt und sind somit offenbar fester Bestandteil ihrer Identität. Die 62-jährige Saskia Esken ist seit 2013 im Bundestag tätig und Parteivorsitzende der SPD. Auch Jahrzehnte nach ihren politischen Anfängen, als sie z. B. gleich nach dem Studium ihre Freiheit auskostete und eine kleine Gitarrenrundreise unternahm, scheint sie sich viel von dem Idealismus der Jugendzeit bewahrt zu haben. Gleichzeitig vermittelte sie Bodenständigkeit und reagierte redefreudig auf den kleinen Exkurs in ihre Vergangenheit.

Ihre Offenheit ermutigte die Jugendlichen, die ersten Fragen zu stellen. Was habe die SPD der jungen Generation zu bieten? Sie hob das Engagement der Sozialdemokraten hervor. Diese hätten „immer an die Möglichkeit eines besseren morgen“ geglaubt, mit dem Ziel, junge Leute für Demokratie zu begeistern.

Dabei wurde die Fraktion gerade in diesem Kontext kritisiert. Insofern brachten die Schüler einige der Schlagwortsätze der „Demonstrationen gegen rechts“ an. Die Worte: „Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten!“ stehen stellvertretend für eine zunehmende Unzufriedenheit. Eine Unzufriedenheit, die trotz des gemeinsamen politischen Gegners für eine Spaltung Sorge. Sie sei auch Ausdruck der Unzufriedenheit über die (von Schülerinnen angeführte) Migrationspolitik, konkret war das verabschiedete „Rückführungsverbesserungsgesetzes“ gemeint. Hat die SPD nicht sogar damit einen Anteil am Rechtsruck? Die Politikerin meinte zwar zunächst, dass sie diese Politik nicht rechtfertigen wolle, tat es dann aber doch. Dies schien manchem



widersprüchlich. Das erkannte auch Esken und bekundete Verständnis angesichts der Unsicherheit, die im Gefolge des Ukraine-Krieges entstanden war. Der habe, nach ihren Ausführungen, zu Demonstrationen in beiden politischen Lagern geführt. Immer wieder klang die Forderung auf, die Demokratie zu schützen. Die demokratischen Bürgerinnen und Bürger sollen und müssen sich einigen und nicht zur politischen Spaltung beitragen. Wir



sollten also „nicht suchen, was uns unterscheidet, sondern was uns eint“, so Esken.

Im Verlauf des Gespräches wurden die Fragen kritischer. Doch Saskia Esken blieb eloquent und in aller Wortgewandtheit politisch korrekt. Lediglich bei der Frage, inwiefern ein Konsens innerhalb der Partei in punkto Russlandpolitik bestehe, antwortete sie angenehm offenerzig. So sagte sie über den ehemaligen Kanzler Gerhard Schröder, der als Spitze des Pro-

Russland-Flügels der Partei gilt, dieser sei „nicht ihr Genosse“, sondern ein Geschäftsmann. Die über mehrere Legislaturperioden hin entstandene Abhängigkeit von Russland sei erschreckend, meinte Esken.

Kritisch hinterfragt wurde außerdem, weshalb es anscheinend für die Regierungskoalition akzeptabel sei, dass die Industrie allmählich aus Deutschland



verschwinde, währenddessen die Politik scheinbar handlungsunfähig eher in der Beobachter-Position verweile. Darauf entgegnete die Politikerin, dass wir entgegen der vorherigen Vorgehensweise, eine aktive Wirtschaftspolitik betreiben würden. Im Zuge dessen verfolge die Koalition das Ziel der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, die durch Investitionen und Subventionspolitik erreicht werden soll.



Saskia Esken betonte immer wieder, wie bedeutsam es ist, Demokratie zu wagen. Das ist positiv. Die Frage, die sie nicht gänzlich beantwortete, lautet jedoch: Wieviel Einsatz fordert die Demokratie, und ist es den Einsatz wert, wenn zwar der Ansatz vielversprechend klingt, sich das Ergebnis aber nur bedingt zu zeigen scheint.

*Luca Bammel*



Fotos: Dorit Seichter

## Lesung und Diskussion mit Jakob Springfeld „Unter Nazis. Jung, ostdeutsch, gegen rechts“



„In Zwickau leben, heißt unter Nazis leben. In Zwickau leben heißt aber auch unter Freund\*innen leben, unter Aktivist\*innen, die niemals aufgeben. Zwickau ist meine Hölle, Zwickau ist meine Heimat“, zitierte Jakob Springfeld am 7. Februar 2024 vor vor knapp 80 Gästen aus seinem Buch „Unter Nazis. Jung, ostdeutsch, gegen rechts“. Er setzt sich für eine Gesellschaft ein, die für Toleranz, Antifaschismus und Demokratie steht.

Bereits als Jugendlicher wirkte er an der Gründung von der „Fridays for Future“-Gruppe in seiner Heimatstadt Zwickau mit. Jakob Springfeld ist der Auffassung, „nichts ist wichtiger in diesen Zeiten, als unsere Zivilgesellschaft zu stärken“. Für sein besonderes Engagement erhielt er bereits die Theodor-Heuss-Medaille.

Der Moderator Linus Merz, Schüler der Jahrgangsstufe 12, führte mit einer Vorstellung der drei Gastredner\*innen Irène Mahano, Carsten Körber und Jakob Springfeld in den Abend ein, bevor Irène Mahano das Wort ergriff. Diskriminierung betreffe uns alle, weil als Gesellschaft, weswegen Rassismus niemals verharmlost werden dürfe. Das Geheimtreffen AfD-Abgeordneter und Rechtsextremer in Potsdam stelle ein Beispiel für den bereits tiefverwurzelten Hass und Rassismus dar. Aus diesem Grund hofft Irène Mahano, die Vertreterin der Konrad-Adenauer-Stiftung, auf eine tolerantere und demokratischere Gesellschaft.



Der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Sachsen Carsten Körber knüpfte an diesen Gedanken an. Er sprach von einer starken Mitte, die symbolisieren müsse: „Bis hier hin und nicht weiter.“ Körber ließ persönliche Erfahrungen in seine Rede einfließen. Auf seinen ersten Dienstreisen habe er stets stolz daraufhin gewiesen, dass er aus Sachsen komme. Innerhalb von zehn Jahren sei es jedoch zu einer großen Wende gekommen. Die äußere Wahrnehmung habe sich geändert. Fragen wie, ob man in Sachsen

noch sicher auf die Straße gehen könne, häuften sich. Deswegen dankte er Jakob Springfeld für seine in ganz Deutschland vernehmbare Stimme. „Demokratie kann Voraussetzungen, auf die sie beruht, nicht selbst schaffen“, mit diesen Worten übergab Carsten Körber Jakob Springfeld das Mikrofon.

Jakob Springfeld teilt die Erfahrungen Körbers. Daher stehe „ostdeutsch“ in dem Titel seines Buches für all diejenigen, die sich in Ostdeutschland für Demokratie einsetzen, trotz rechtsradikaler Tendenzen. Als Reaktion auf das Geheimtreffen finden

deutschlandweit Demonstrationen gegen die AfD und Rechtsextremismus statt. Springfeld äußerte große Freude über diese Proteste, dennoch wunderte er sich, dass der Aufschrei in der Gesellschaft erst so spät kam und leitete damit zu seinem Buch „Unter Nazis. Jung, ostdeutsch, gegen rechts“ über. Ein aufrüttelndes Buch mit erschütternden Geschichten. Die erste Anekdote widmete sich der Frage, wie sich Diskriminierung in Zwickau anfühle. Er selbst sieht sich als privilegiert, denn „wenn du weiß, männlich und unpolitisch bist, kannst du ein unbeschwertes Leben führen in Zwickau“, schrieb Jakob Springfeld. Er könne seine Pullover mit Aufschriften wie „Refugees-Welcome“ ausziehen und weglegen. Jedoch sei es wichtig, aktiv zu bleiben und den „Finger in die Wunde zu drücken“, betonte er.



Linh, seine erste Liebe, wohnte neben Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos. Die drei Rechtsterrorist\*innen und Haupttäter\*innen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zogen im Jahr 2000 von Chemnitz nach Zwickau. In seinem Buch schrieb Springfeld, dass diese drei Menschen „für mich der Beleg dafür [sind], welche unfassbare Gewalt ich der rechtsextremen Szene in meiner Heimat zutrauen muss.“ Deswegen lehne er Bemerkungen ab, die darauf

abzielen, unter dem Thema NSU in Zwickau einen Schlusstrich zu ziehen.

Jakob Springfeld forderte mehr Aufmerksamkeit für diese Themen und eine stärkere Beachtung der Betroffenen. In einer kurzen Gäste-Umfrage bestätigte sich erneut, dass die Namen der Täter bekannter sind als die der Opfer. Aus diesem Grund trage er zu jeder Lesung die Biografie eines Opfers vor. Das Image Zwickaus könne man durch die Aufarbeitung der regionalen Geschichte verbessern, aber stattdessen spiele man „Ping-Pong“ mit der Verantwortung, meinte Jakob Springfeld. Die Gedenkbäume in Zwickau hob er als einen positiven ersten Schritt hervor.

Jakob Springfeld erzählte außerdem von der Freundschaft mit Mostafa, der täglich Hass erlebe. In der Bahn wurde Mostafa beispielsweise von einer älteren Dame bespuckt. Daneben beschrieb Jakob Springfeld aber auch den Versuch, das Schöne zwischen all dem Hässlichen zu sehen. Er schilderte seine innere Zerrissenheit zwischen einem „leichten“ Leben in Halle und dem Aktivsein.

Ein Erlebnis aus Springfelds Alltag, das alle erschreckte, hatte sich auf der Paradiesbrücke in Zwickau ereignet. Jakob Springfeld beschrieb, wie er und seine Freunde von „Neonazis“ angegriffen, festgehalten und angespuckt wurden. Sein Freund sei mit dem Oberkörper über die Reling der Brücke gedrückt worden. Die alarmierte Polizei sei bereits wenige Minuten später erschienen, sodass die Täter erst einige Meter entfernt waren. Die Freunde hatten den Polizisten die Täter gezeigt. Zu dem Einsatz der Beamten äußert sich Jakob wie folgt: „Einer der Beamten rührte sich gar nicht, blieb in seinem Wagen sitzen. Der andere trabte in einem Tempo an, bei dem jeder Schritt zum Ausdruck purer Lustlosigkeit wurde. Nach ein paar Metern stellte er die Verfolgungsjagd, die man kaum als solche bezeichnen konnte, wieder ein.“



Die Arbeit der Polizei sollte ein Thema der anschließenden Diskussionsrunde darstellen, die Linus Merz leitete. Die Zuhörer stellten Fragen, Carsten Körber und Jakob Springfeld antworteten. „Das Vertrauen in die Behörden nimmt ab und der Gedanke, dass die Polizei nicht schützt, nimmt zu. Sollte die Polizei reformiert werden?“ Carsten Körber beantwortete diese Frage und verwies auf eine notwendige Sensibilisierung der Behörden.

Die Bedeutung der Kirche als gesellschaftlicher Akteur im Kampf gegen Rechtsextremismus sowie die Hufeisen-Theorie und der Umgang mit rechtsextremer Gewalt wurden in dem Gespräch ebenfalls besprochen. Irène Mahano stellte zudem die Frage, wie Aktivisten wie Jakob Springfeld geschützt werden könnten. Körber meinte, das Vertrauen der Gesellschaft müsse auf allen Ebenen zurückgewonnen werden, denn eine „Gesellschaft kann ohne Vertrauen nicht gedeihen“. Wenn Jakob Springfeld Polizeischutz benötigt, sei es zu spät, fuhr Carsten Körber fort.



Linus Merz fragte diesen, wie er persönlich mit rechtsextremer Gewalt im Bundestag umgehe. Körber zeigte sich überzeugt, dass der Ausschluss der AfD und die Beschimpfung als „Nazis“ das Gegenteil erreiche, weswegen er Gespräche bevorzuge. Jakob Springfeld meinte zu der Frage, ob er stolz sei, einen Bundestagsabgeordneten zu beeinflussen, auch er suche das Gespräch als die bessere Lösung. Die Gefahr durch Rechtsextremismus betreffe uns alle, weswegen

der Fokus auf diejenigen gerichtet werden solle, die (noch) von der Demokratie überzeugt sind und für die Wahl begeistert werden könnten. Eine weitere Frage lautete: „Was machen wir, wenn die AfD an die Macht kommt?“ Carsten Körber stellte diesbezüglich die verschiedenen Koalitionsmöglichkeiten dar. Jakob Springfeld warnte davor, den Kopf in den Sand zu stecken, denn es bedeute nicht das Ende der Zivilgesellschaft. Insgesamt ein positiver Abend - mit einem spannenden Diskurs, der damit schloss, dass für die Demokratie gekämpft werden muss.



Fotos: Dorit Seichter

Zoe Pogodalla

*Diese Veranstaltung ermöglichte die Konrad-Adenauer-Stiftung/Politisches Bildungsforum Sachsen.*

## Bernhard Schlink: „Der Vorleser“ – Lesung & Gespräch

*„Ich schreibe aus demselben Grund, aus dem andere lesen. Man will nicht nur ein Leben leben.“ Bernhard Schlink*

Bernhard Schlink ist durch sein Schaffen als Schriftsteller und Jurist bekannt. Er schrieb zahlreiche Bestseller, unter anderem „Die Enkelin“, „Das Wochenende“ und „Liebesfluchten“. Für seine Werke erhält er weltweit Anerkennung und viele Auszeichnungen. Zu diesen gehören z. B. das Bundesverdienstkreuz und der Hans-Fallada-Preis. Eines seiner berühmtesten Zitate lautet:

„Vorlesen verführt zum Lesen.“ Er selbst habe durch das Vorlesen für seinen Sohn Inspiration am Schreiben gefunden.



Und mit eben dieser Inspiration begegnete er am Montag, dem 25. März 2024, den Schülerinnen und Schülern der zehnten Klassen des Internationalen Gymnasiums Reinsdorf und unserer Schule sowie interessierten Gästen. Begrüßt und begleitet wurde das Publikum von Nastassja Kubosch und Eva Yang. Evas musikalische Begrüßung auf dem Klavier begeisterte Herr Schlink dermaßen, dass er sich am Schluss mit der Frage an sie wandte: „Spielen Sie bitte noch ein Stück?“ Das konnte und wollte sie nicht ablehnen.

Thema des Nachmittags war nicht nur das Leben des Schriftstellers, sondern vordergründlich sein Bestseller-Roman „Der Vorleser“, welcher im Jahr 1995 erschien. Den Gästen wurde mit einer Lesung ausgewählter Textstellen und dem anschließenden Gespräch mit Bernhard Schlink die einzigartige Gelegenheit geboten, dem Bestseller-Autor zwischen den beiden Vorleserunden viele Fragen zu stellen, die er geduldig beantwortete.



Dies war nicht nur erkenntnisreich und fesselnd, sondern für die Schüler der zehnten Klasse besonders aufschlussreich. Schlinks Roman „Der Vorleser“ ist Bestandteil des sächsischen Lehrplans. Und so bot sich für die Schülerinnen und Schüler die Chance, das Buch besser verstehen und wertschätzen zu können.

Insgesamt war es eine ausgesprochen gelungene Veranstaltung, die bei allen Teilnehmern auf großen Zuspruch traf. Es sind Begegnungen wie diese, die uns an die Schönheit der Sprache und die Liebe zum Lesen erinnern.

Wir danken Herr Falkenberg vom Internationalen Gymnasium Reinsdorf und Frau Döll, sie ermöglichten uns diese besondere Begegnung.

*Kimberley Groh*



Fotos: Dorit Seichter

## Jörg Schönenborn: Sachsen, Thüringen und Brandenburg – „Schicksalswahlen“ für die Demokratie?

„Hope ist eine gute Haltung“ und das wohl vor allem in einer „gesellschaftlich-politischen Phase, die echt depressiv macht“, meinte Jörg Schönenborn mit Blick auf die anstehende Landtagswahl. Jörg Schönenborn ist Programmdirektor für Information, Fiktion und Unterhaltung des WDR und war am Abend des 29. August Gast der Veranstaltungsreihe „Schule im Dialog – drei Tage vor den Landtagswahlen. In der Aula war – trotz hochsommerlicher Temperaturen – auch der letzte Stuhl besetzt.



Hoffnung, so könnte man meinen, sei selbstverständlich. Doch was bringt die Hoffnung, wenn sie uns nicht voranbringt? Eine ganze Menge! So könne es wahrscheinlich einzig durch Optimismus gelingen, Lebensfreude zu erhalten.



Eva Yang begrüßte unsere Gäste auf dem Klavier mit einem Stück von Felix Mendelssohn-Bartholdy, bevor sie mit Nastassja Kubosch die Besucher und Herr Schönenborn willkommen hieß. Die beiden Moderatorinnen leiteten den Abend mit einer kurzen Vorstellung Herr Schönenborns ein und konnten sich über seine bereitwilligen, spontanen Antworten auf die eine oder andere persönliche Frage freuen. Wir erfuhren über seinen Werdegang als zunächst freier Journalist sowie über weitere beruflichen Etappen, wie z. B. als Nachrichtenkorrespondent der ARD. Den meisten dürfte der 59-Jährige in der Rolle des Wahlberichterstatters bei den Hochrechnungen von Landes- und Bundestagswahlen bekannt sein.

Zunächst führte Jörg Schönenborn Parallelen aus, die er zwischen seiner Geburtsstadt Solingen und Zwickau sieht: Beide Industriestädte seien von Abwanderung betroffen. Neben den sinkenden Bevölkerungszahlen würde sich auch die derzeitige Gefühlslage der



beiden Städte ähneln, wobei Extremismus in der gegenwärtigen Situation eine Rolle spiele. Eine spürbare gesellschaftliche Spaltung sei Ausdruck von Entwicklungen, durch die eine demokratische Balance zwischen Freiheit und Sicherheit gefährdet sei. Besonders in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sei es demnach wahrscheinlicher denn je, dass eine verfassungsfeindliche und rechtsextreme Partei künftig als Regierungspartei fungieren könnte. Der AfD sei es gelungen, die

Repräsentationslücke unseres Parteiensystems langfristig zu schließen – erstmals seit den 2000-er Jahren. Schönenborn betont: „Die Demokratie ist zunehmend unter Druck.“ Dies gelte für jede der 63 Demokratien einer Welt, welche niemals zuvor vor derartigen Herausforderungen gestanden habe. Wir leben demnach in einer „komplexen Welt, die einfache Antworten wünscht“, so der Wahlexperte. Ein immer größer werdender Anteil der Gesellschaft wünsche den Stillstand des Fortschritts und suche den ersehnten (und vermeintlichen) Zuspruch im Populismus. Auch den Fall des „Eisernen Vorhangs“ sowie den rasant schnellen technologischen Fortschritt erkennt Schönenborn als Ursachen dieser Entwicklung. Durch die Globalisierung gelangen Daten, Waren und Menschen „so schnell um die Welt wie nie zuvor.“ Migration – als wohl greifbarster Ausdruck jenes Prozesses – werde deshalb als „Bedrohung“ durch „Fremde(s)“ begriffen.

Bis 2014 wäre alles gut gewesen, die Finanzkrise hatte die Bundesrepublik wacker und nur mit kleinen Blessuren überstanden. Doch dann begannen mit der Flüchtlingskrise, dem Brexit und der Wahl Donald Trumps die schlechten Jahre – Sorgen und Ängste wuchsen. Viele Menschen in Ostdeutschland hatten seit 1990 wirtschaftliche und soziale Rückschläge erfahren. So sei mancherorts ein „Hang zum Opfer-Dasein“ entstanden, begleitet von der Sehnsucht nach einer „erinnerten“ DDR, die so nie existiert hatte. Regionen mit hoher Abwanderung lassen einen deutlichen Stimmenzuwachs für die AfD erkennen, wohingegen die Regionen mit dem größten Zuzug „Grün“ wählen und die AfD nur bei ca. 10 Prozent lande. Ein künstlich (nicht zuletzt von den Medien) am Leben gehaltener (vermeintlicher) Ost-West-Gegensatz verunsichert und verärgert so manchen.



Sicher habe auch die Regierungspraxis der „Ampel“ ihren Anteil an der gesellschaftlichen Spaltung und zunehmenden Wählerabwanderung, von der vor allem die AfD profitiere. Die steigende Unzufriedenheit zeige, die Menschen erleben Schwächen des Staates. Sie erkennen: Das Zusammen-Regieren fällt den drei Parteien von Anfang an schwer. Da stellt sich die Frage: Schafft Demokratie das alles? Nach den „Schicksalswahlen“ werden wir es sehen. Hoffnung ist gar nicht so illusorisch, neben aller gesellschaftlicher Spaltung haben viele in diesem Sommer Verbindendes und Gemeinsames erlebt, wie z. B. die Fußball-EM und die Olympiade.

Das Publikum fragte, woher der Erfolg des offenkundigen Populismus der AfD rühre. Schönenborn stellte dabei zunächst klar, Menschen seien in unterschiedlichem Maße empfänglich für diese Art der politischen Manipulation. Populismus gehöre zur Politik. Die AfD setze vor allem auf aktuelle Themen des politischen Geschehens, wie z. B. den Ukraine-Krieg und, ganz aktuell, die Gewalttat in Solingen.

Es kam die Frage auf, wie Schönenborn als Journalist die politischen Entwicklungen empfinde. Seine Antwort fiel neutral aus – wie er die gesamte Veranstaltung mit einer wohlthuenden Sachlichkeit absolvierte. Als Journalisten seien er und seine Kollegen eine „besondere Art von Menschen“: politisch gebildet, kulturell offen und weit gereist. Ein professioneller Journalist müsse Entwicklungen multiperspektivisch betrachten. Er selbst blicke optimistisch in die Zukunft – auch in Bezug auf die anstehenden Wahlen. Einen derartigen Optimismus konnte der Großteil der Anwesenden womöglich nicht teilen, zu groß ist die Sorge vor einem Rechtsruck.

„Demokratie wird immer in der Zeit definiert“. Ihre Existenz erfordert Meinungsverschiedenheiten, weshalb diese Landtagswahlen das Schicksal der deutschen Demokratie nicht besiegeln werden. Und tatsächlich: „Hope ist eine gute Haltung“, Herr Schönenborn.

*Luca Bammel und Eric Heinrich*





## Prof. Dr. Michael Buback und Elisabeth Buback: „Das RAF-Attentat auf Generalbundesanwalt Buback – Erfahrungen der Opferangehörigen“

*„Wir haben herausgefunden, dass es zwei Wahrheiten gibt: eine juristische und eine historische.“*

Diese Worte hörten wir am Donnerstag, dem 25. September 2024, von Prof. Michael Buback, Sohn des Generalbundesanwaltes Siegfried Buback. Gemeinsam mit seiner Frau, Elisabeth Buback, erzählte er uns über die persönlichen Erfahrungen nach dem Karlsruher RAF-Attentat, insbesondere in Bezug auf die Ermittlungsergebnisse und Prozesse.

Luca Bammel und Eric Heinrich moderierten die „Schule im Dialog“-Veranstaltung. Eva Yang begrüßte die 160 Gäste mit einem Chopin-Prélude. Luca und Eric leiteten in das Thema des Abends ein, indem sie über den Hintergrund des Karlsruher Attentates berichteten. Ab 1974 war Siegfried Buback als Generalbundesanwalt am Bundesgerichtshof tätig. Am 7. April 1977 fuhr er wie gewohnt von seiner Wohnung in Neurath zum



Bundesgerichtshof, als er auf offener Straße in seinem Dienstwagen ermordet wurde. Die zwei Täter saßen auf einem Suzuki-Motorrad, wobei einer der Täter fünfzehn Schüsse auf das Auto abgab. Buback und sein Fahrer, Wolfgang Göbel, starben am Tatort. Die dritte Person im Wagen, der Justizhauptwachmeister Georg Wurster, erlag am 13. April seinen Verletzungen. Der Karlsruher Mord durch Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) war der Auftakt des Terrorjahres 1977 und gipfelte im „Deutschen Herbst“.



Prof. Michael Buback und seine Frau erzählten, wie sie den 7. April 1977 in Erinnerung haben. Das Paar befand sich mit Freunden im Skiurlaub. Elisabeth fühlte sich an diesem Tag unwohl und kehrte früher in das Hotelzimmer zurück. Dort erreichte sie der Anruf ihres Vaters – mit der furchtbaren Nachricht. Frau Buback schilderte eindrucksvoll ihre Gefühle während des Wartens auf die Rückkehr ihres Mannes.

Die Zeit nach dem Attentat haben beide in schlechter Erinnerung: ständig verfolgt von der Presse, ohne psychologische Betreuungsangebote für die Familie, ein inszeniertes Staatsbegräbnis vor laufender Kamera. So meinte Elisabeth Buback: „Man behandelte uns wie Statisten.“

Ausführlich berichtete das Paar über die Ermittlungen und Gerichtsprozesse zur Klärung der Täterschaft des Karlsruher RAF-Attentats. 2016 wurden Christian Klar, Knut Folkerts und Brigitte Mohnhaupt als Täter verurteilt. Genau diese Täterschaft stellten und stellen Prof. Michael und Elisabeth Buback in Frage. Als sich erste Zeugen bei Prof. Buback meldeten, und der Verdacht aufkam, der Sozius auf dem Motorrad könne eine Frau gewesen sein, begannen die Bubacks zu recherchieren, gingen in die Öffentlichkeit. Buback bemängelte in mehreren Punkten die Arbeit des Bundeskriminalamts. Mangelnde Sorgfalt und unverständliche Lücken in der Beweisaufnahme und Zeugenbefragung irritierten. So verglich Frau Buback dies mit einem Hotelmord, bei dem alle Zeugen und Angestellten vom Tatort weggeschickt werden und man zur Aufklärung des Mordes allein dastehe.

Die beiden schilderten, dass die Aussagen mehrerer Augenzeugen unbeachtet blieben, genauso wie DNA-Abgleiche sowie ein gefundener Fußabdruck. All diese Indizien deuteten auf Verena Becker hin. Das Bundeskriminalamt ignorierte diese Beweise. Es verstärkte sich der (unbestätigte) Verdacht, Becker sei eine Informantin des Verfassungsschutzes gewesen. Seine Nachforschungen und Erkenntnisse veröffentlichte Buback 2008 im Buch „Der Tod meines Vaters“. Damit gab er den Anstoß für das Ermittlungsverfahren gegen Verena Becker (2009) wegen Mordverdacht. Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte Becker am 6. Juli 2012 zu vier Jahren Haft wegen Beihilfe zum Mord in drei Fällen. Zwei Jahre davon wurden ihr auf eine frühere Haftstrafe angerechnet. Am 12. Februar 2014 setzte das Oberlandesgericht Stuttgart die Reststrafe zur Bewährung aus. Zuletzt beantragte Michael Buback 2015 ein Ermittlungserzwingungsverfahren gegen das frühere RAF-Mitglied Siegfried Haag, das jedoch abgelehnt wurde.



Am Schluss blieb noch ein wenig Zeit für Fragen. Konnten Elisabeth und Prof. Michael Buback den Tätern vergeben? Ihre Antwort: „Wem können wir vergeben, wenn die Täter nicht offiziell bekannt sind?“ Auch viele Jahrzehnte nach dem Mordanschlag ist die emotionale Ergriffenheit des Ehepaares Buback zu spüren. Zwar wissen sie um die Notwendigkeit einer „Staatsräson“, aber als Angehörige des RAF-Opfers Siegfried

Buback hatten sie sich Offenheit und die Wahrheit gewünscht.

Frau Götze von der Konrad-Adenauer-Stiftung schloss den Abend mit Dankesworten an das Ehepaar Buback und die Gäste. Dank gebührt auch Herr Freitag von der Marx-

Buchhandlung Zwickau, der den Kauf des Buches „Der General muss weg!“ von Prof. Michael und Elisabeth Buback ermöglichte.

*Nastassja Kubosch und Eva Yang*

*Diese Veranstaltung ermöglichte die Konrad-Adenauer-Stiftung/Politisches Bildungsforum Sachsen.*

Fotos: Dorit Seichter

## Diskussion und Gesprächsrunde zur Sonderausstellung „Zwickau und der NSU. Auseinandersetzung mit rechtsextremen Taten“



Zwickau ist aus der Sicht der Einwohner eine ostdeutsche Stadt wie jede andere. Für Ortsfremde ist sie untrennbar mit dem NSU verbunden. Was das alles konkret bedeutet, wissen jedoch viele junge Menschen nicht so genau. Aus diesem Grund lud die „AKTION ZIVILCOURAGE“ im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe „JuDiO – Junger Dialog in Ostdeutschland“ Schülerinnen und Schüler des KKG ein, in einen interaktiven Dialog zu treten. Beteiligte aus den Klassenstufen 9 bis 12 unseres Gymnasiums beschäftigten sich über einen Zeitraum von zwei Stunden mit den Ursprüngen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und wie weitere solcher Taten in Zukunft verhindert werden können.

Die Ausstellung im Museum Priesterhäuser zeigte sechs thematische Panels, die unter anderem ein bewegendes Interview mit Semiya Şimşek, der Tochter des ersten NSU-Opfers, beinhalteten. Sie kritisierte den Umgang der Medien und Behörden mit den NSU-Morden und forderte eine intensivere Aufarbeitung. Des Weiteren zeugten Aussagen von Bürgerinnen und Bürgern zur Erinnerungskultur in Zwickau, dass das NSU-Thema oft nur am Rande präsent ist – obwohl die Ereignisse Schrecken hinterließen und das gesellschaftspolitische Klima heute von Radikalisierung geprägt ist.

Nach der Ausstellung startete der interaktive Teil der Veranstaltung. Dabei teilten die Schülerinnen und Schüler ihre ersten Begegnungen mit dem Thema NSU. Anschließend reflektierten sie gemeinsam, wie präsent die Aufklärung über den NSU im Alltag ist und ob die bestehenden Maßnahmen ausreichen. Es herrschte Einigkeit darüber, dass der NSU-Komplex im Alltag kaum Beachtung findet und die Aufklärungsarbeit verbessert werden sollte.



In kleineren Gruppen bearbeiteten die Teilnehmenden Leitfragen zu ihrem Wissen über den NSU. Dabei erörterten sie unter anderem, inwieweit sie die Verbindung zum Ort Zwickau belastet. Viele hatten das Thema zuvor kaum

wahrgenommen und sahen ihre Meinung nun darin bestätigt: Erinnerungskultur und Aufklärung in der Region müssen ausgebaut werden. Einige empfanden es als belastend, dass der NSU aus ihrer Stadt agierte, während andere dem Ort weniger Relevanz als den Taten zuschrieben und deshalb eher neutral darauf blickten.



Im zweiten Teil der Veranstaltung sollen die Schülerinnen und Schüler herausarbeiten, welche besondere Verantwortung die Stadt Zwickau hat und wie man der Entstehung weiterer terroristischer Vereinigungen entgegenwirken könnte. Wieder beschäftigten sich zwei Gruppen mit einem der obengenannten Themen. Vorschläge der „Verantwortungs-Gruppe“ beinhalteten regelmäßige Informations-Veranstaltungen in der Schule sowie im öffentlichen Raum, um das Bewusstsein zu schärfen. Zur Vorbeugung weiterer Terroranschläge schlug die zweite Gruppe vor, das geplante Dokumentationszentrum in Zwickau, statt in Chemnitz zu etablieren. Eine Stärkung der Stadtgemeinschaft sowie die Aufklärung über rechtsextreme Strukturen schienen

besonders wichtig, wobei die Umsetzung durch die Mitglieder der AfD im Stadtrat erschwert werden könnte.

Die Veranstaltung verdeutlichte den Jugendlichen die Relevanz der NSU-Thematik und betonte die Notwendigkeit des Engagements gegen Extremismus. Sie diskutierten abschließend, in welcher Form sie selbst an der Verwirklichung der genannten Ziele mitwirken könnten, z. B. im Schülerrat. Allerdings gaben einige zu bedenken, Engagement in einer polarisierten Gesellschaft ist nicht ganz ungefährlich.



Vito Websky

Fotos: Janine Oehler/Dorit Seichter

## Dr. Muriel Asseburg: „Der Nahe Osten nach dem 7. Oktober und dem Krieg im Gazastreifen“

„Es herrscht die Sichtweise, dass man das einzige Opfer ist. Ich denke, allein schaffen sie es nicht.“ Diese Worte hörten wir am Mittwoch, dem 30. Oktober 2024, von Frau Dr. Muriel Asseburg. Sie ist Expertin für Nahostpolitik und gab uns an diesem Abend tiefgehende Einblicke in die aktuelle Konfliktlage, die zwischen Israel und Palästina herrscht.

Nastassja Kubosch und Eva Yang moderierten die Veranstaltung. Eva begrüßte die 190 Gäste auf dem Klavier mit einem Chopin-Prélude. Beide leiteten in das Thema des Abends ein und stellten Frau Asseburg und ihre berufliche Entwicklung vor. Die in Stuttgart geborene Politologin arbeitet bereits seit vielen Jahren am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik. Besonders prägend war für sie das Jahr 1991, in welchem sie zum ersten Mal nach Israel reiste. Dort verstand sie, wie nah die Leute zusammenleben und wie schwierig sich ihr Miteinander gestaltet – eine Erfahrung, die sie nachhaltig prägte.

Ihr Vortrag war in drei Hauptthemen gegliedert: Das israelisch-palästinensische Verhältnis und die Ereignisse des 7. Oktobers 2023, die Wahrnehmung der Situation durch die betroffenen Bevölkerungen und eine Einschätzung der zukünftigen Entwicklungen.

Dr. Asseburg betonte: Direkte militärische Auseinandersetzungen zwischen Israel und Palästina sind nichts Neues. Warum der 7. Oktober jedoch einen besonderen Einschnitt markiert, zeigt ein Blick auf die Zahlen: Die Hamas – eine terroristische Vereinigung – ermordete an diesem Tag 1.200 Menschen und verschleppte rund 250 Geiseln in den Gazastreifen. Neben hunderten abgefeuerten Raketen drangen Kämpfer in Kibbuz und Städte ein. Außerdem überfielen sie die Besucher eines Musikfestivals. Der Generalsekretär des Weltsicherheitsrats hob hervor, dass diese Angriffe nicht aus einem Vakuum heraus geschehen sind. Es liegt ein Konflikt zugrunde, der weit vor dem 7. Oktober begann.

Die Ursachen des Konflikts reichen mindestens bis zur Staatsgründung Israels im Jahr 1948 zurück. Zur Vertiefung der historischen Zusammenhänge begann ihre Ausführungen Frau Dr. Asseburg mit dem Jahr 2007 – dem Jahr, in dem die Hamas die Macht im Gazastreifen übernahm und Israel die Region weitgehend abriegelte. Seitdem kam es regelmäßig zu militärischen Auseinandersetzungen, die selbst nach den Jahren 2008, 2009, 2012, 2014 und 2021 kein Ende finden sollten. Die Bevölkerung des Gazastreifens ist durch diese jahrelangen Konflikte tief traumatisiert. Sie ist weder vor Bombardierungen geschützt noch in der Lage, aus dem Gebiet zu flüchten.

In den letzten Jahrzehnten liegt der Fokus der palästinensischen Region fast ausschließlich auf dem bewaffneten Kampf zur Befreiung, wodurch andere Entwicklungen stark vernachlässigt wurden. Die dadurch entstandene humanitäre Krise lässt jungen Menschen kaum Perspektiven.





Die Machtübernahme der Hamas führte zusätzlich zu einer Spaltung innerhalb Palästinas. Trotz der vielen Bemühungen, eine palästinensische Regierung zu bilden, ist seit langem keine Veränderung sichtbar – die letzten Verhandlungen fanden 2014 unter US-Präsident Barack Obama statt.

Da Benjamin Netanjahu, der Ministerpräsident Israels, das gesamte Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan für sich beansprucht, scheint es aus israelischer Sicht keinen Platz für einen palästinensischen Staat zu geben. Nach den Ereignissen des 7. Oktober formulierte die israelische Regierung drei Kriegsziele: Die Zerschlagung der Hamas, die Befreiung der Geiseln und die Sicherung der Bevölkerung sowie des israelischen Staatsgebietes. Frau Dr. Asseburg stellte fest: „Keines dieser Ziele konnte bisher vollständig erreicht werden.“ Nach der Zerstörung von Waffenarsenalen und zentralen Stellungen der Hamas bleibt diese sowohl politisch als auch militärisch weiterhin aktiv. Aktuell setzt die Terrororganisation allerdings eher auf Guerillaaktionen. Von den entführten Geiseln befinden sich immer noch 101 in der Hand bewaffneter Gruppierungen, die diese Menschen als Druckmittel für Waffenruhe-Verhandlungen ausnutzen. Das Expertenteam um Frau Dr. Asseburg nimmt an, dass viele der Geiseln bereits ums Leben gekommen sind.

Der Krieg hat zudem gravierende Auswirkungen auf die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen: Aktuell gibt es 42.000 Tote, 100.000 Verletzte und 10.000 Vermisste, wobei 90 Prozent der Menschen im Gazastreifen nun Binnenflüchtlinge sind, die keinen sicheren Ort zum Leben haben. Krankheiten und Seuchengefahr breiten sich in den Flüchtlingscamps aus, und sogar der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird der Zugang oft verwehrt. Die umfassende Zerstörung der Gesundheitszentren und Bildungseinrichtungen bedeutet, dass der Gazastreifen voraussichtlich größtenteils unbewohnbar bleiben wird.

Die Expertin schilderte ihre Erfahrungen über die verschiedenen Ansichten der betroffenen Bevölkerungen. Die israelischen Einwohner nehmen den 7. Oktober und den Krieg als Zäsur wahr. Er sei nicht nur als Angriff auf die Sicherheit zu betrachten, sondern vielmehr als Pogrom gegen die jüdische Gemeinschaft. Die Ereignisse haben das Traumata der Shoa wieder erweckt. Die palästinensische Bevölkerung hingegen relativiere die Aktionen der Hamas – z. B. würden die Terrorakte als israelische Propaganda abgetan. Für viele symbolisiere das Durchbrechen der Grenzanlagen am 7. Oktober den erstmaligen Widerstand gegen die Übermacht Israels. Deren Reaktionen werden nicht nur als Antwort auf den eigenen Angriff wahrgenommen, sondern als expliziter Krieg gegen das palästinensische Volk. Demnach kommen immer wieder Begriffe wie „Völkermord“ oder „Genozid“ auf. Denn auch bei den Palästinensern erwachte ein Trauma erneut: die Nakba. Damit verbinden die Menschen den Schrecken und das Leid der Vertreibung und Flucht vor und nach 1948.

Die „historischen Traumata beider Seiten“ und „die fehlende Empathie füreinander“ sorgen für den Fortbestand der Gewalt, meinte Frau Dr. Asseburg. Jede Seite strebe Vergeltung an, sieht die andere Seite aber als ungleichwertig und stellt sich selbst in die Opferrolle. Das erkläre die Notwendigkeit einer Lösung von außen, da die Parteien allein keine friedliche Lösung finden können.

Diesem Lösungsbestreben folgen diplomatische Bemühungen der USA, Europas und der arabischen Staaten. Diese seien „in ihren Ansätzen weitgehend konform“. Einigkeit herrscht



darüber, dass ein diplomatischer Prozess zu einer sogenannten zwei Staatenregelung führen muss. Es darf keine Vertreibung mehr geben, ebenso wenig wie eine dauerhafte militärische Präsenz einer der beiden Seiten. In einer Übergangsphase soll die palästinensische Autonomiebehörde den Gazastreifen verwalten. Aktuell scheint das nicht realisierbar: Die Autonomiebehörde kann das Westjordanland kaum kontrollieren, und arabische

Staaten verweigern die Unterstützung des Wiederaufbaus in Gaza, solange eine israelische Besatzung besteht. Israel fordert eine dauerhaft militärische Operationsfähigkeit. Deshalb gibt es derzeit keinerlei Fortschritt in den Verhandlungen.



Frau Dr. Asseburg befürchtet, die Konflikte in dieser destabilisierten Region könnten sich noch weiter ausbreiten und sogar Angriffe auf westliche Ziele nach sich ziehen. Die Destabilisierung könnte sich „über die Konfliktherde weitertragen“, und so ist sogar ein nukleares Wettrüsten am Arabischen Golf nicht auszuschließen. Dr. Asseburg beendete ihren Vortrag mit einem Aufruf: Es bleibe essenziell, dass Menschen sowohl vor Ort als auch hier weiterhin für Frieden und gegen die

Eskalation arbeiten – selbst, wenn sie nur wenig Unterstützung erfahren, sollten diese Kräfte anerkannt und gefördert werden.

Das Publikum hatte viele Fragen an Frau Asseburg, z. B. welche Auffassung sie zum Begriff „Genozid“ habe. Dazu berichtete sie, dass sie es vermeide, den Begriff „Genozid“ im Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen zu nutzen. Ihrer Meinung nach kann nur der Internationale Gerichtshof klären, ob die Situation unter diesen Begriff fällt. Sie erklärte, der juristische Begriff „Völkermord“ beinhalte spezifische militärische Maßnahmen, die darauf abzielen, eine bestimmte Bevölkerungsgruppe zu vernichten. Eine solche Absicht ist jedoch schwer nachzuweisen und erfordert umfassende juristische Untersuchungen. Laut Dr. Asseburg lassen sich auf beiden Seiten des Konflikts Verbrechen feststellen: Die Hamas ermordet Zivilisten und nimmt Geiseln, während Israels Krieg und Maßnahmen die Bevölkerung im Gazastreifen und in den umliegenden Kriegsgebieten in eine humanitäre Katastrophe stürzen.



Wer trägt die Schuld? Dr. Asseburg bezog sich erneut auf die tiefverwurzelte Geschichte. Sie verwies auf die Situation der Juden in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, als Antisemitismus

zur Entstehung des Zionismus führte. Viele Juden wanderten nach Israel aus, um Schutz und ein neues Zuhause zu finden. Die Entscheidungen der britischen Kolonialmacht wurden über die Köpfe der Betroffenen hinweg getroffen. Nicht zuletzt spielten die Nachwirkungen des Holocausts und der Gründung Israels eine Rolle.

Habe sich der Antisemitismus in Deutschland seit Kriegsbeginn verändert? Dies bejahte Dr. Asseburg. So sei dieser in Hinblick auf die jüngsten Konflikte sichtbarer geworden. Viele Juden in Deutschland fühlen sich unsicher und sind verängstigt, da es in einigen Städten vermehrt zu aggressiven Demonstrationen gekommen ist, auch an deutschen Universitäten. Selbst wenn nicht jede Demonstration als antisemitisch angesehen werden kann, erzeugt die Situation für jüdische Gemeinden ein unsicheres Umfeld.

*Eric Heinrich und Luca Bammel*



Fotos: Dorit Seichter

## Exkursion in die Gedenkstätte Buchenwald

„JEDEM DAS SEINE“ – dieser Satz ist am Eingangstor des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald zu lesen. Doch was steckt hinter dieser Inschrift, und welche Bedeutung hat die Gedenkstätte bei Weimar, besonders im Hinblick auf die Zeit des Nationalsozialismus? Auf diese Fragen bekamen wir, Schülerinnen und Schüler der Geschichtsleistungskurse der 11. und 12. Klasse, am Mittwoch, dem 6. November 2024, bei einem Besuch der Gedenkstätte Antworten.



Pünktlich um 7:30 Uhr fuhren wir mit dem Bus am Gymnasium los. Nach etwa eineinhalb Stunden erreichten wir unser Ziel: die Gedenkstätte. Bevor die Führung begann, überlegten wir in einer Einführungsrunde, welche Begriffe wir mit dem Wort „Buchenwald“ verbinden. Dabei fielen uns viele wichtige Wörter ein, wie Trauer, Leid, Erinnerung, NS-Zeit, Unmenschlichkeit, Aufklärung, Denkmal, Vergangenheit, Drittes Reich, Holocaust, deutsche Geschichte, historische Verantwortung und Aufarbeitung.

Wir lernten, das Konzentrationslager Buchenwald war eines der größten in der NS-Zeit und existierte von Juli 1937 bis April 1945 auf dem Ettersberg bei Weimar. Buchenwald war – wie alle Konzentrationslager – von der SS verwaltet. In dieser Zeit waren rund 277.800 Menschen aus 50 Ländern dort inhaftiert, und zum Lager gehörten über 130 Außenlager. Vor allem politische Gegner des NS-Regimes, Juden, Zeugen Jehovas und Homosexuelle, aber auch Kriminelle und sogenannte „Asoziale“ waren dort interniert. Verschiedenfarbige Dreiecke auf der Kleidung kennzeichneten diese Gruppen. Als das Lager im April 1945 befreit wurde, waren 95 Prozent der Häftlinge keine Deutschen. Bis 1950 nutzte es die sowjetische Besatzungsmacht als eines von zehn Speziallagern in der Sowjetischen Besatzungszone. Im Speziallager Nr. 2 waren deutsche Kriegsgefangene und politische Gegner interniert. Die Gedenkstätte Buchenwald wurde 1958 eröffnet.



Etwa 56.000 Menschen starben während der NS-Zeit in Buchenwald. Obwohl es kein Vernichtungslager wie Auschwitz war, sondern ein Arbeitslager, kamen viele Häftlinge durch extreme Erschöpfung, Hunger, Misshandlungen und Krankheiten ums Leben. Auch medizinische Experimente, wie z. B. das Testen von Impfstoffen gegen Fleckfieber, führten zu vielen Opfern.

Unsere Führung begann am alten Bahnhof, von dem eine 14,5 Kilometer lange Bahnstrecke nach Weimar führte. Diese Strecke wurde nicht nur für die Deportation von Häftlingen genutzt, sondern auch, um Rohstoffe für die Rüstungsindustrie zu transportieren, die eine wichtige Rolle im Krieg spielte. Die Häftlinge mussten in vielen Bereichen der Rüstungsindustrie sowie in den VW-Werken, Steinbrüchen und Bergwerken unter schwersten Bedingungen Zwangsarbeit leisten.

Danach gingen wir denselben Weg wie die Häftlinge, die nach ihrer Ankunft am Bahnhof auf dem Carachoweg ins Lager geführt wurden. Auf unserem Weg sahen wir den Hundezwinger, das Transformatorhaus und das Büro des Lagerkommandanten Karl Otto Koch sowie große Garagen und zwei Tankstellen.

Wir gingen entlang eines 3,5 Kilometer langen Zauns: Drei Meter hoch und mit einem Stacheldraht gesichert, der mit 380 Volt geladenen war. Wir gelangten schließlich zum ehemaligen zoologischen Garten. Dieser Zoo wurde 1938 direkt am Zaun des Schutzhaftlagers für die SS und deren Familien eingerichtet, um sie zu unterhalten. Der Zoo, der unter dem Befehl des Lagerkommandanten Koch von Häftlingen gebaut wurde, hatte unter anderem einen Bärenzwinger, der noch zu sehen ist, und Käfige für Affen und Hirsche.

Anschließend betraten wir das 1940 erbaute Krematorium, das einen Verbrennungsraum, einen Sezierraum und eine Pathologie umfasste. Die Asche der Verstorbenen wurde dabei jedoch nicht getrennt. In einem Kellerraum, an speziellen Wandhaken, fanden viele Häftlinge den Tod. Heute erinnern Gedenktafeln an die Menschen, die hier ihr Leben verloren.



Danach gingen wir zum Leichenkeller. Dieser wurde 1945 von den sowjetischen Truppen als Nachbau errichtet, um an das Leiden im Lager zu erinnern. Vorher waren die Leichen der Häftlinge im Pferdestall außerhalb des Lagers aufbewahrt worden.

Am Ende unserer Führung versammelten wir uns auf dem 15.000 m<sup>2</sup> großen Appellplatz. Das war der Ort, an dem täglich die Zählappelle stattfanden, sowohl morgens

als auch abends, und der für Strafmaßnahmen und Hinrichtungen genutzt wurde. Hinter dem Platz standen die Baracken, in denen die Häftlinge untergebracht waren. An diesem Ort gibt es heute eine Gedenkplatte, die über das ganze Jahr hinweg auf 37°C beheizt wird, um an die Körpertemperatur der verstorbenen Häftlinge zu erinnern.

Vom Appellplatz aus sieht man auch das Tor des Lagers mit der Inschrift „JEDEM DAS SEINE“. Diese Worte wählten die Nationalsozialisten, um die Häftlinge zu demütigen und um ihnen zu zeigen, dass jeder nur das bekommt, was er verdient habe. Obwohl es zu diesem Zeitpunkt 13 Uhr war, zeigte die Uhr am Tor 15:15 Uhr – die Uhrzeit, zu der am 11. April 1945 amerikanische Truppen das Lager befreiten. Wir erfuhren, dass von den rund 9.000 SS-Angehörigen, die im KZ Buchenwald Dienst taten, nur 79 verurteilt wurden.



Danach besichtigten wir die zweigeschossige Dauerausstellung der Gedenkstätte, in welcher viele Gegenstände aus der Zeit des Konzentrationslagers ausgestellt sind – wie Häftlingskleidung, Geschirr, Zahnbürsten, Briefe, Ausweise und Fotos, die das Leid der Gefangenen dokumentieren. Weiter fuhren wir zum Glockenturm am Südhang des Ettersberges, wo drei Schüler und eine Schülerin uns über die wahre Geschichte des Buchenwaldkindes, das Sonderlager II und die Bedeutung der Bronzeplastik von Fritz Cremer informierten. Auf dem Gelände befinden sich zudem drei Ringgräber, in denen unzählige Opfer bestattet sind. Gegen 17 Uhr kehrten wir schließlich zum Gymnasium zurück.

Der Besuch hat uns nicht nur die Geschichte von Buchenwald nähergebracht, sondern uns auch an das Leid der Opfer erinnert, die hier ihr Leben verloren. Er hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, sich zu erinnern, um zu verhindern, dass so etwas wieder passiert.

*Erna Suttner*

## Stolpersteine-Putzen 2024

Ein Samstagnachmittag, an dem - zu unserer großen Freude - so viele Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 10 bis 12 unseres Gymnasiums um 16:00 Uhr auf dem Georgenplatz erschienen: zur Gedenkfeier anlässlich der Reichspogromnacht 1938. Mehrere Gruppen gingen anschließend zu den einzelnen Orten, an denen Stolpersteine an emigrierte und ermordete Zwickauer Juden erinnern. Wir danken den vielen Unterstützern, die sich an dieser Putz-Aktion beteiligten, vor allem Herr Wetzel, der diese gemeinsame Aktion ins Leben gerufen und koordiniert hat.



Fotos: D. Sonntag, L. Ebert, N. Kubosch, D. Seichter

## „Zwickauer Opfer der Kindereuthanasie – ein vergessenes Stück Geschichte?“



„Kindereuthanasie“ – ein Begriff, der tief verstört und der betroffen macht. Er erinnert an ein düsteres Kapitel der Menschheitsgeschichte während der nationalsozialistischen Diktatur: die systematische Ermordung von Kindern mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Im Rahmen des sogenannten „Euthanasie Programms“ wurden zwischen 1939 und 1945 Tausende Kinder, unter den Vorwand, sie seien „lebensunwert“, getötet. „Lebensunwert“ – ein Begriff, der damals wie heute

unmenschlich und grausam klingt, der zum Nachdenken anregt.

In der Veranstaltung am Dienstag, dem 19.11.2024, boten uns zwei Studentinnen der WHZ (Fakultät Pflege- und Gesundheitswissenschaften), Una Gotthard und Laura Franziska Lesch, sowie Frau Prof. Dr. Beate Mitzscherlich detaillierte Informationen zu diesem Thema. Unsere Gäste boten uns nicht nur historische Fakten, sondern sie führten uns auch vor Augen, warum es wichtig ist, diese Verbrechen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Der Vortrag gab uns die Gelegenheit, das Schicksal der Opfer zu würdigen und Lehren aus der Geschichte zu ziehen.

Eingangs erhielten wir einen Überblick über grundlegende Begriffe und Zahlen, welche die Verbrechen der nationalsozialistischen „Euthanasie-Programme“ dokumentieren. Insgesamt waren 600.000 Menschen betroffen, von denen 200.000 ihr Leben verloren. Wir erfuhren, dass der Begriff „Zwangssterilisation“ die erzwungene Unfruchtbarmachung von Menschen bezeichnet, welche sich diesem Eingriff nicht freiwillig unterzogen hatten. Der Begriff „Euthanasie“ (griech. „guter Tod“) beschreibt die systematische Ermordung von Menschen, welche aufgrund von Erbkrankheiten oder Behinderungen für die Nationalsozialisten als „lebensunwert“ galten. Ziel dieser unmenschlichen Taten war die sogenannte „Reinhaltung des deutschen Blutes“ als Teil der NS-Ideologie.



Der Begriff „Euthanasie“ (griech. „guter Tod“) beschreibt die systematische Ermordung von Menschen, welche aufgrund von Erbkrankheiten oder Behinderungen für die Nationalsozialisten als „lebensunwert“ galten. Ziel dieser unmenschlichen Taten war die sogenannte „Reinhaltung des deutschen Blutes“ als Teil der NS-Ideologie.

Die Studentinnen auf die elf Kinderakten, die aus Zwickau stammten. Diese Dokumente waren der Ausgangspunkt ihrer intensiven Auseinandersetzungen mit den Schicksalen der Kinder. Sie wollen sicherstellen, dass die Namen der Opfer nicht Vergessenheit geraten. Deshalb lag der Schwerpunkt des Vortrags auf dem Thema „Kindereuthanasie“.

In Gruppen und anhand von Dokumentenakten informierten wir uns über



sechs Personen: über Mediziner und über einzelne Kinderschicksale. In Bezug auf die Mediziner bekamen wir Einblicke in die Biografien von Dr. Rudolph Horn, Dr. Dorothea Dillner, die fast 40 Jahre als Stadtärztin in Zwickau arbeitete, und Dr. Werner Julius Eduard Cartel. Unter den Einzelschicksalen fanden wir die Namen von Paul Siegfried Barthel und Editha Lucie Kasper. Auch ihr Leben nahmen wir genauer unter die Lupe. Neu für uns: Das Gesundheitsamt war eine

„Erfindung“ der Nationalsozialisten, sie führten es ein. Frau Dr. Dillner baute in den 1920-er Jahren die Mütterberatung auf, widmete sich der TBC-Bekämpfung – sie war aber auch in das System der „Euthanasie“ verwickelt.

Wir erfuhren über das „Kinder-Euthanasie-Zentrum“ in Leipzig-Dösen. Dieses Zentrum war eines der Orte, an denen Kinder ermordet wurden. Dort wurde jeglicher Kontakt zwischen den Familien und den Kindern unterbunden, ja verboten. Damit sollten die Verbrechen im Verborgenen bleiben. Die Angehörigen hatten keine Möglichkeit, sich für ihre Kinder einzusetzen.

Am Schluss stellten wir unsere Ergebnisse vor, bevor wir sie gemeinsam auswerteten. Dies regte viele von uns dazu an, über die Motive, die Verantwortung und Schuld der Mediziner sowie die Konsequenzen für die Gesellschaft nachzudenken. In der Fragerunde konnten wir uns austauschen. Fragen wie „Wie bedrückt fühlen ihr euch jetzt?“, „Sollten wir den Opfern weiterhin gedenken?“ oder „Was können wir tun, um solche Verbrechen in Zukunft zu verhindern?“ standen im Mittelpunkt. Diese Diskussionen machen deutlich, wie wichtig es ist, aus der Vergangenheit zu lernen.



Wir bedanken uns bei Una Gotthard, Laura Franziska Lesch und Prof. Dr. Beate Mitzscherlich für diese besondere Geschichtsstunde.

*Moritz Blechschmidt und Nasim Star*

Fotos: Dorit Seichter

## Ein Zeichen gegen das Vergessen – in Gedenken an Halit Yozgat



Der 10. Dezember ist ein besonderer Tag: in Erinnerung an die Verabschiedung der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte 1948 gedenken wir alljährlich Halit Yozgat. Ein Mann, der dieses Jahr seinen 39. Geburtstag gefeiert hätte, wäre er am 06. April 2006 nicht durch den NSU aus dem Leben gerissen worden. Auch im dritten Jahr der Patenschaft des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums für sein Gedenkbäumchen im Schwanenteichpark

falteten couragierte Schülerinnen und Schüler 39 Kraniche, mit denen wir am 16.12.24 das Bäumchen schmückten. In Kooperation mit Alter Gasometer e.V. wollen wir mit den Kranichen als Symbol für Klugheit, Wachsamkeit und Langlebigkeit Passanten zu einem Moment des Erinnerns und Innehaltens einladen und ein Zeichen setzen. Ein Zeichen gegen das Vergessen der Opfer des NSU.



*Im Gedenken an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter.*

*Janine Oehler*

*Wir danken für die Zusammenarbeit mit Frau Claudia Drescher (Alter Gasometer e. V.).*

Fotos: C. Drescher, J. Oehler